



## Bürgermeister erließ haushaltswirtschaftliche Sperren in homöopathischer Dosis

2010-07-06 14:20:37

Kürzlich konnte man in der Regionalzeitung lesen, daß der Bürgermeister bereits als jammernd wahrgenommen wird, wenn er sein neuestes Mantra "Die Stadt hat kein Geld" dauernd wiederholt. Das scheint seine vorherigen Mantras von "Kunst und Kultur", "Vernetzung" und "Neustart" bereits völlig abgelöst zu haben. Ist aber auch zu praktisch, auf die angeblich leeren Kassen zu verweisen und damit auf alles eine Antwort parat zu haben. Der [Kommunalaufsicht](#) in Bad Doberan reicht das allerdings nicht und so flatterte ein Brief ins Rathaus, sich nun bitte ernsthaft mit dem [Haushalt](#) der Stadt zu beschäftigen.

Heraus kam ein zweiseitiges Schreiben, in dem der Bürgermeister den Schwarzen Peter wegen der Ablehnung von Steuererhöhungen (Gewerbsteuer, Grundsteuer A, Grundsteuer B – eine Empfehlung der Kommunalaufsicht) an die Ausschüsse und Stadtvertreter weitergibt, aber damit werden diese gut leben können. Unter "Weitere Konsolidierungsbemühungen des Bürgermeisters" folgen dann Vorschläge, die sich mir teilweise die Nackenhaare aufstellen lassen. Zum Glück braucht man darüber möglicherweise kein Wort verlieren, weil sich dafür hoffentlich ohnehin keine Mehrheiten in der Stadtvertretung finden werden.

Die Krönung aber ist eine völlig aktionistische "haushaltswirtschaftliche Sperre" nach § 27 [Gemeindehaushaltsverordnung](#) (GemHVO), vom Bürgermeister bereits zum 25.06.2010 ausgesprochen. Die Verordnung § 27 [ganz lesen](#)

(1) Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben es erfordert, hat der Bürgermeister – nach pflichtgemäßem Ermessen – die Inanspruchnahme von Ausgabenansätzen und Verpflichtungsermächtigungen zu sperren. Ist ein Leiter der Finanzverwaltung vorhanden, ist dieser verpflichtet, den Bürgermeister rechtzeitig zu beraten.

(2) Die Gemeindevertretung ist über eine haushaltswirtschaftliche Sperre unverzüglich zu unterrichten.

(3) Über die Inanspruchnahme gesperrter Beträge entscheidet der Bürgermeister im Einvernehmen mit der Gemeindevertretung.

So weit, so gut. Mich freut es, wenn das Geld nicht für Tinnel (Handyverträge, Visitenkarten, Rechtshilfegutachten) drauf geht, sondern mit besonderem Bedacht ausgegeben wird. Nur schaut man sich die Einzelheiten dann durch, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, hier wird Aktivität nur vorgetäuscht. Nur, wozu? Die Kommunalaufsicht wird sich davon wenig beeindruckt lassen und dem Haushalt selbst, hilft es kaum.

Bei Ausgaben im [Verwaltungshaushalt](#) 2010 von satten 5.529.700,00 Euro (von wegen wir hätten kein Geld), machen die einzusparenden 4.000,00 Euro **gerade einmal 0,07 Prozent** aus. Mit 3.000,00 Euro wird der Rotstift davon auch noch zu dreivierteln bei den Feuerwehren angesetzt. Den weitaus größten



Teil der Sperre betrifft im [Vermögenshaushalt](#) den [Ladog](#) des Bauhofes. Er soll nicht 2010 gekauft werden, sondern erst im kommenden Jahr. Das ist also keine Einsparung, sondern eine Verschiebung in das hauswirtschaftlich sicher noch schwierigere Jahr 2011.

So wird das nichts.